

*Jędrzej Chumiński**

DER EINFLUß DES KRIEGES UND DER GRENZVERÄNDERUNGEN AUF DEN STAND DER INDUSTRIE IN POLEN

[THE INFLUENCE OF WAR AND THE CHANGE OF FRONTIERS
ON THE CONDITION OF POLISH INDUSTRY]

War and the territorial changes being its result radically changed the economical situation of Poland. Despite the war destruction and post-war devastation (caused mainly by Red Army), Poland took over great industrial possessions. The fundamental change in economic structure took place. In 1946 the share of industry, craft and services in gross national income in comparison with 1938 increased by 9,4% (from 61% to 70,4%). Utilization of rescued possessions depended mainly on the creation of rational economic system. This chance was to the great extent dissipated. This was mainly because of processes of centralization and bureaucratization of economy management, which arose just after war and increased in time, as well as limitation and next, liquidation of private sector and preference for sectors producing means of production.

1. EINFÜHRUNG

Krieg, Okkupation und die Beschlüsse der Großmächte über die territorialen Verschiebungen am Ende des 2. Weltkrieges (von Jalta und Potsdam) bewirkten tiefgreifende Veränderungen der Existenzbedingungen des polnischen Volkes. Der Verlust von etwa 20% der Bevölkerung während des Krieges war trotz seiner traumatischen Wirkung nur ein Element des sozialen, ökonomischen und politischen Wandels im Lande. Das Ausmaß der Veränderungen, denen die polnische Gesellschaft im Verlauf von sechs Kriegs- und Okkupationsjahren ausgesetzt war, verdeutlicht am besten die Verringerung der Bevölkerungszahl Polens von 35,2 Mill. im Jahre 1939 auf 23,9 Mill. im Jahre 1946. Dies war nicht nur das Resultat aus 6 Mill. Opfern der Vernichtungspolitik der Okkupanten, sondern auch der Tatsache, daß weitere 6 Mill. Menschen aus ihren bisherigen Siedlungszentren vertrieben

* Lehrstuhl für Wirtschaftsgeschichte, Akademie für Volkswirtschaft in Wrocław.

wurden und sehr viele fortan in der ganzen Welt verstreut lebten. Nach unvollständigen Angaben befanden sich 1945/1946 in 34 Ländern auf verschiedenen Kontinenten etwa 3,4 Mill. Polen, die während des Krieges dorthin gelangt waren. Eine zweite Welle der Umsiedlungen, die mit der Verschiebung des polnischen Staates nach Westen verbunden war, betraf weitere 4 Mill. Polen. Insgesamt waren 10 Mill. (etwa 30%) der polnischen Staatsbürger von 1939 durch den Krieg und seine Folgen gezwungen, ihren Wohnsitz zu wechseln. Berücksichtigt man auch die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen und der polnischen Staatsbürger ukrainischer, weißrussischer und litauischer Nationalität, die nach dem Kriege den Forderungen Stalins zufolge in die UdSSR verschleppt wurden, so erhöht sich diese Zahl um einige weitere Mill. Ein völlig anderes Problem war die Verschlechterung des Gesundheitszustands der Bevölkerung. Erinnerung sei, daß etwa 530 000 Personen aus physischen und 60 000 psychischen Gründen Invaliden waren; 2 Mill. litten an verschiedenen Krankheiten, darunter 1,14 Mill. an Tuberkulose. Von grundsätzlicher Bedeutung für die Zukunft Polens waren die Neugestaltung der Gesellschaftsordnung und die Verschiebung seiner Grenzen um mehrere hundert Kilometer von Ost nach West. Obwohl Polen zum Siegerlager der Antihitlerkoalition gehörte verlor es zugunsten seines östlichen Nachbarn – der Sowjetunion – 180 000 Quadratkilometer, d.h. 46% seines Vorkriegsterritoriums; die Rekompensation im Westen – auf Kosten Deutschlands – betrug 102 855 Quadratkilometer. Somit wurde das wiedergeborene Polen in seinen neuen Grenzen um 77 200 Quadratkilometer verkleinert, also um 20% seines Vorkriegsgebiets (Osękowski 1994, S. 30; Czubiński 1987, S. 320–321).

Die ökonomischen Konsequenzen dieses Tatbestandes sind nur schwer einzuschätzen. Trotz der empfindlichen Verluste durch Krieg und Okkupation, die auf 38% des Nationalvermögens geschätzt wurden, traten günstige Veränderungen beim Niveau der Industrialisierung des Landes ein. Die Polen angegliederten West- und Nordgebiete standen hinsichtlich ihrer zivilisatorischen Entwicklung weitaus höher als die Ostgebiete der Rzeczpospolita (Tabelle 1). Die Skala der Veränderungen zeigen die Schätzungen der Struktur des Nationaleinkommens, die vom Zentralen Planungsamt (Centralny Urząd Planowania; Abk.: CUP) für 1946 vorgenommen wurden. Angesichts eines allgemeinen Niedergangs, der durch die biologischen und materielle Verluste verursacht worden war, stieg dennoch der Anteil der Industrie und der Dienstleistungen im Vergleich zu 1938 um 9,4 % (von 61 auf 70,4 %) an.

Zugleich veränderten sich die Relationen zwischen der Produktion von Konsum- und Investitionsgütern. Während im Jahre 1938 das Verhältnis zwischen der Gruppe „A“ (Produktionsmittel) und Gruppe „B“ (Konsumgüter) 47 zu 53 betrug, veränderte sich nach dem Krieg die Relation auf 51 zu 49. Eine Konsequenz der Grenzveränderungen Polens war somit die Modernisierung der ökonomischen Struktur des Landes (Kaliński 1993, S. 23–24).

Tabelle 1

Schätzungswert des Staatsvermögens der nach dem 2. Weltkrieg angeschlossenen und weggenommenen Gebiete (in Milliarden Vorkriegs-Zloty)

Spezifizierung	Wert des Vermögens in den prozentualer			Wert des übernommenen Vermögens
	durch die Sowjetunion weggenommenen Gebieten (Stand 1939)	an Polen angeschlossenen Gebieten (Stand 1939)	an Polen angeschlossenen Gebieten unter Berücksichtigung der Zerstörungen	
Landwirtschaft	12,8	10,2	7,8	76,5
Wälder	3,8	1,6	1,4	87,5
Industrie	2,7	12,9	7,9	61,2
Gebäude (ausser den Verkehrs- und Armeengebäuden)	6,6	16,3	12,2	74,8
Erschliessung der Stadtgebiete	0,6	2,6	1,9	73,1
Militärgebäude	0,9	0,8	0,5	62,5
Verkehrswesen (mit Gebäuden)	2,9	11,3	5	44,2
Schifffahrt und Häfen	-	0,4	0,2	50
Post, Telegraf, Telefon	0,1	0,2	0,1	50
Kurorte	0,1	0,3	0,2	66,6
Schulwesen	0,3	0,2	0,1	50
Kultur und Kunst	0,3	0,1	0,1	100
Zusammen	31,1	56,9	37,4	65,7

Quelle: eigene Zusammenstellung aufgrund: AAN, MZO Sygn. 1391 S. 2; Jędruszczak 1974, S. 286.

2. DAS AUSMAß UND DIE URSACHEN DER ZERSTÖRUNGEN DER INDUSTRIE

Das Ausmaß und insbesondere auch die Ursachen der Zerstörungen und Verluste, die Polen wegen des Krieges und der Okkupation erlitten hatten, sind praktisch nicht zu ermitteln. Daran ist das Fehlen, vielleicht auch die Unzugänglichkeit eines Teils der Quellen schuld. Hinzu kommt, daß auf vielen Forschungsgebieten in den 50-er Jahren eine Vervollständigung bzw. Korrektur

der unterschiedlichen Angaben, die von den damaligen Institutionen veröffentlicht worden waren, zunichte gemacht wurde. Die Chancen, wesentliche gesellschaftliche und ökonomische Vorgänge zu erkennen und wissenschaftlich darzustellen, wurden dadurch begrenzt, ja nahezu unmöglich gemacht. Mit den Terminen „Vernichtungen und Verluste“ wurden in der Nachkriegspropaganda sowie in der wissenschaftlichen Literatur nicht nur die unmittelbaren Folgen der Kriegshandlungen und der späteren Devastation in Folge der Demontagen, der Abtransporte von Kulturgütern (der „Raubzüge“ durch die Sowjets) belegt, sondern auch die indirekten Verluste, die durch die Enteignungen von Immobilien, den Niedergang der Produktivität, das Fehlen von Arbeitskräften und qualifizierten Kadern, durch die gestiegenen Kosten für die Gesundheit der Bevölkerung usw. entstanden waren. Die durch die CUP nach dem Kriege geschätzten Verluste betragen 257,58 Mrd. Vorkriegs-Zloty (d.h. ein 14-faches des Nationaleinkommens Polens im Jahre 1938). Hiervon betragen die unmittelbaren Verluste jedoch nur 88,8 Mrd. Zloty, davon infolge von Vernichtung von Sachwerten 62 Mrd. und von den Okkupanten angeeigneten Produktions- und Dienstleistungen 26,8 Mrd. Auf indirekte Verluste entfielen u.a. „Produktionseinbußen in der Nachkriegszeit infolge von Kapitalverlust 52,5 Mrd., durch Produktionsausfall von getöteten und invaliden Personen 74,65 Mrd. und Produktionsverluste infolge der Verringerung der Arbeitsproduktivität und der Rentabilität des Kapitals 41,63 Mrd.“ Zusammengenommen waren das 168,78 Mrd. Zloty, also nahezu zwei Drittel des Gesamtschadens. Bemerkenswert ist, daß die festgestellten Verluste den Gesamtwert des Nationalvermögens in der Vorkriegszeit überstiegen, das auf 163,2 Mrd. Zloty beziffert wurde. Demzufolge betragen die Schäden in der Industrie, im Bergbau, der Energiewirtschaft und dem Handwerk 11,04 Mrd. Zloty, was etwa ein Drittel ihres Wertes (33,45 Mrd. Zloty) darstellte. Dieser Wert war geringer als in den übrigen Bestandteilen des Nationalvermögens, wo die durchschnittliche Höhe der Verluste 38% betrug (so z.B. bei Gütern der Kultur und Kunst 43%, beim Gesundheitswesen 55%, bei Kommunikation und Transport 50%, der Post 62%, im Handel 65 %) (CUP Sygn. 537, S. 5).

Der Vernichtungsprozeß endete nicht mit dem Abbruch der Kriegshandlungen. Erhebliche Folgen hatten die offiziellen sowjetischen Demontagen und die Räubereien von Marodeuren der Roten Armee. Betroffen wurden davon vor allem die sog. Wiedergewonnenen Gebiete, in denen Eigentumsfragen hinsichtlich des vorhandenen Vermögens durch eine Reihe von Verträgen zwischen den polnischen Kommunisten und der Sowjetregierung geregelt worden waren. Solche Vorgänge ereigneten sich auch – und keineswegs sporadisch – in Betrieben, die in den sog. Alten Gebieten angesiedelt waren. Ein am 9. August 1944 erlassener Befehl des Obersten Befehlshabers der Roten

Armee ordnete an, den gesamten deutschen Besitz als Kriegsbeute zu behandeln. Praktisch bedeutete dies eine weitgehende Freiheit bei Demontagen auch in polnischen Betrieben. Vorwand hierfür konnten z.B. Investitionen in einer Fabrik während der Okkupationszeit, die Erneuerung von Maschinen, ihre Verlagerung von einem Betrieb zu einem anderen, ja sogar die farbliche Übermalung – etwa der Eisenbahnwaggons – sein. Aus in den Archiven bewahrten Dokumenten geht hervor, daß Ausrüstungen, Fertigprodukte, Halbfabrikate und Rohstoffe aus Fabriken in den Wojewodschaften Rzeszów, Kielce, Poznań, den südwestlichen Kreisen der Wojewodschaft Kraków, dem Dabrowa-Becken, Łódź, Częstochowa und sogar aus der verwüsteten Hauptstadt Warschau abtransportiert worden sind. Aussagekräftig sind Angaben, die Städte und Regionen des Landes betreffen, die von kriegerischen Vernichtungen verschont geblieben waren. Łódź wurde nicht umkämpft, und die deutschen Behörden waren nicht in der Lage Demontagen vorzunehmen. Die dortigen Verluste hätten relativ gering sein müssen; dennoch hatte Łódź nach den Erhebungen des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny; Abk.: GUS) vom Juli 1945 etwa 40% mehr oder minder verwüstete Fabriken. Dabei entfiel der Hauptteil auf technische Ausrüstungen (31%). Diese Verluste konnten nur zwischen dem Kriegsende und dem Datum der statistischen Erhebungen, also in Folge der sowjetischen Demontagen, entstanden sein. Eine ähnliche Situation gab es in der Wojewodschaft Kraków, wo 56,7% der Betriebe geschädigt wurden.

Eine Eskalation dieser Tatbestände nahm mit dem Vordringen der Front auf jene deutschen Gebiete zu, die – nach dem am 26. Juli 1944 unterzeichneten Abkommen zwischen den Vertretern des PKWN und der Sowjetregierung – als Rekompensation für den Verlust von nahezu der Hälfte des polnischen Staatsgebietes vor 1939 zugunsten der Sowjetunion an Polen fallen sollten. Obwohl die sowjetische Seite in dem am 12. Februar 1945 unterzeichneten Vertrag mit der Provisorischen Regierung Polens anerkannte, daß alle zwischen Weichsel und Oder vorhandenen deutschen Besitzungen Polen gehören sollten und der Abtransport der für die Rote Armee erforderlichen Anlagen entsprechende Vereinbarungen mit den polnischen Behörden erforderte, hielten die willkürlichen Demontagen an. Die Vereinbarung vom 12. Februar 1945 bildete die Grundlage für einen von Stalin erlassenen Befehl vom 20. Februar 1945, der den Begriff „Kriegsbeute“ präziserte. Dort hieß es: „Dem Abtransport in die UdSSR unterliegen nach Vereinbarung mit der polnischen Regierung nur die für die Kriegsführung erforderlichen Anlagen, Materialien und Fertigprodukte aus deutschen, von diesen während des Krieges ausgebauten Unternehmen in Polen; dazu zählen auch Betriebe, die auf jenem deutschen Territorium liegen, das an Polen übergehen wird“ (Osękowski 1994, S. 38; *Spis zakładów ...* 1947).

In einem weiteren Vertrag, der am 26. März 1945 von der Provisorischen Regierung Polens und dem Sowjetischen Oberkommando unterzeichnet wurde, akzeptierte die polnische Seite den Abtransport ehemals deutscher Betriebe bzw. ihrer Teile aus den Gebieten in den Grenzen von 1939. Die sowjetischen Behörden nutzten die ihnen so gebotenen Möglichkeiten weitestgehend aus; in den sog. Wiedergewonnenen Gebieten nahmen die Demontagen fortan den Charakter einer organisierten Aktion an. Nach der Verlagerung der Front östlich der Oder und der Lausitzer Neiße wurde ein Netz von Kriegskommandanturen aufgebaut, das sich mit der deutschen Verwaltungsstruktur deckte. Geschaffen wurden Wojewodschafts-, Kreis-, Bezirks- und Stadtkommandanturen, in einigen Städten auch Stadtbezirkskommandanturen. In Eisenbahnknotenpunkten, bei Wasserleitungen, in Häfen und großen Fabriken wurden Unterabteilungen bzw. Dienststellen der Kommandanturen gebildet. Innerhalb der Kriegskommandanturen der Städte wurden Institutionen geschaffen, die sich mit dem Aufspüren, der Lagerung und dem Abtransport von ehemaligem deutschem Eigentum aus Privatwohnungen, öffentlichen Gebäuden und der städtischen Infrastruktur in die UdSSR beschäftigten. Daneben wurden Delegaturen ins Leben gerufen, die deutschen Besitz auffinden sollten; sie unterstanden unmittelbar der Abteilung Kriegsbeute der einzelnen Fronten.

Die Befugnisse der Kommandanturen waren praktisch unbegrenzt. Eine ihrer ersten Handlungen bestand in der Besetzung der Industriebetriebe. Die sowjetischen Rückwärtigen Dienste waren jedoch nicht in der Lage, alle Fabriken zu besetzen, und sie konzentrierten sich deshalb auf Großbetriebe, die sie zur Demontage vorbereiteten. In Niederschlesien wurden bis zum 8. Juni 1945 827 Fabriken beschlagnahmt, die Zahl nahm von Tag zu Tag zu. In Wrocław besetzte die Rote Armee 212 mittlere und größere Betriebe, die sie später den polnischen Behörden übergab. In Westpommern wurden 1164 Industriebetriebe beschlagnahmt. Besonders verwüstet wurden die Gebiete von Szczecin und Świnoujście (Swinemünde), wo zur Demontage sog. ehemals deutscher militärischer Objekte 28 000 frühere sowjetische Zwangsarbeiter eingesetzt wurden. Abtransportiert wurde alles, was irgendeinen Wert besaß, sogar ausgegrabene Elektrokabel. Ende Juni/Anfang Juli 1945 nahm der „Abtransport“ stark zu. Nach Angaben der Polnischen Eisenbahnverwaltung waren von 112 000 Waggons, die sich damals auf den Strecken befanden, 84 000 mit „Kriegstrophäen“ beladen (GO KERM Sygn. 69, S. 62; GO KERM Sygn. 491, S. 1–7; Mochocki 1996, S. 6–7, 28–29; Rózański 1988, S. 292; Chumiński 1990, S. 43–44).

Endgültige Entscheidungen über die Beendigung der Demontagen wurde während der Potsdamer Konferenz getroffen. Als Endtermin wurde der 7.

August festgelegt; alle weiteren Aktion dieser Art sollten als unrechtmäßig angesehen werden. Infolgedessen wurde am 16. August 1945 ein weiteres Abkommen unterzeichnet, diesmal zwischen der Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit Polens (die am 2. Juni 1945 unter Einbeziehung von Londoner Exilpolitikern geschaffen worden war) und der Regierung der UdSSR, in dem festgelegt wurde, „daß die Sowjetregierung zugunsten Polens auf alle Ansprüche auf deutsches Eigentum und andere Aktiva verzichtet, darunter auch auf Aktien deutscher Industrie- und Transportunternehmen auf dem gesamten Territorium Polens, einschließlich jener Teile deutschen Gebiets, die an Polen übergehen werden“ (Jankowski 1989, S. 116). Technische Fragen regelte ein Abkommen vom 14. September 1945 zwischen dem Chef der Rückwärtigen Dienste der Sowjetarmee, Generalleutnant Fieofan Łagunow, und dem Vizeminister Henryk Różański. Diese Vereinbarung legte die Zahl, den Charakter und die Art der Verwendung von 158 Unternehmen, die weiterhin der Roten Armee zur Verfügung stehen sollten, genau fest. Alle übrigen Betriebe sollten der polnischen Seite zurückgegeben werden (MPiH Sygn. 4215, S. 12–13).

Mit den mehrere Monate andauernden Versuchen, die Eigentumsfragen zu regeln, ging die Ausbeutung der sog. Wiedergewonnenen Gebiete einher. Ungeachtet aller moralischen Anfechtbarkeit standen die dort getroffenen Maßnahmen bis Mitte August 1945 mit den damals formulierten Festlegungen in Übereinstimmung. Nach offiziellen Angaben demontierten die Sowjets bis zum 17. Juli 1945, d.h. bis zur Potsdamer Konferenz, dort Anlagen und Maschinen im Wert von 500 Mill. Dollar, was etwa 25% ihres Gesamtwertes und 6% des Gesamtvermögens dieser Gebiete ausmachte. (Hierbei handelt es sich um sowjetische Berechnungen, die von den Behörden der Volksrepublik Polen kritiklos akzeptiert wurden.) Diese Schätzungen sind stark anzuzweifeln und scheinen wesentlich zu niedrig angesetzt zu sein. In den Archiven befinden sich Hunderte von Eingaben und Interventionen verschiedener Institutionen über stattgefundene Demontagen. Es wäre jedoch abwegig, auf diese gestützt den tatsächlichen Wert des verlorengegangenen Vermögens zu bestimmen. In vielen Regionen waren die Verluste, die aus Requirierungen resultierten, höher als die infolge von Kriegshandlungen. Bezeichnend sind die Schätzungen von Dr. Egon Vielrose, die er unmittelbar nach Kriegsende vorgenommen hat. Auf der Grundlage ziemlich komplizierter Berechnungen legte er den Gesamtwert der Industrieanlagen in dem Ostgebieten des Deutschen Reiches im Jahre 1937 auf 13,2 Mrd. Mark fest. Hiervon gingen seiner Meinung nach 20% als Kriegsverluste ab; demnach betrug der Wert der verbliebenen Anlagen 10,6 Mrd. Mark. Demgegenüber übernahm die polnische Seite ein Vermögen im

Werte von lediglich 5,3 Mrd. Mark. Bis zur Unterstellung dieser Gebiete unter polnische Verwaltung gingen dort vor allem infolge sowjetischer Demontagen technische Ausrüstungen von schätzungsweise mehr als 5 Mrd. Mark verloren. Das war mehr als doppelt so hoch wie die Verluste durch Kriegszerstörungen und nahezu viermal mehr als die offizielle Summe der Verluste (etwa 2 Mrd. Dollar nach dem Kurs von 1939), die Hilary Minc angab (KC PPR Sygn. 295/VII/1, S. 77–78; Minc 1945, S.63; Vielrose 1947, S. 15–18; Mochocki 1996, S. 33).

In Oberschlesien, bei den nicht allzu großen Zerstörungen, waren die mit dem Einsatz der Roten Armee erlittenen Verluste beinahe den Kriegsfolgen gleichzusetzen. Nach den von den Operationsgruppen durchgeführten Schätzungen (Angaben für 1559 Betriebe) entfielen auf die ersten 22,9 Mill. Zloty (Vorkriegsgeld), auf die zweiten 26 Mill., also fast 88%. Sehr ausdrucksvoll sind die Angaben bezüglich des Industriestand in Wrocław. Von 212 Betrieben, die durch die sowjetischen Behörden kontrolliert wurden, befanden sich die meisten (72%) im guten oder ziemlich guten Zustand. Untergebracht wurde in den Betrieben schätzungsweise ein großes Vermögen. Die wurden aber demontiert und von den 23 Kleiderfabriken wurden 1248 Maschinen ausgeführt, was 50% ihrer Gesamtzahl darstellte, von den 18 großen Fabriken der Metallindustrie wurden 3730 Werkzeugmaschinen und darüber hinaus auch viele Elektromotore, Kompressoren, Werkzeuge abgebaut. In den Chemiewerken „Superfosfat“ betrug die Einziehung seitens der Roten Armee 81% der erlittenen Verluste Beispiele der Art könnte man leicht vermehren. Von dem Ausmaß der Erscheinung zeugt der geringe Wert der Maschinen und technischen Anlagen, die im Verhältnis zu dem Gesamtwert des Vermögens in den Betrieben gelassen wurden (Angaben für 44). Im Vergleich zum Wert der geretteten Fabrikgebäude, wohlgermerkt mehr den Kriegshandlungen ausgesetzt, war das lediglich 57%, obwohl in normaler Situation die Verhältnisse umgekehrt waren und so in Schlesien stellten die Fabrikgebäude 44,3% Wert der installierten Anlagen dar. Das ganz andere Problem ist die technische Qualität der von der polnischen Seite übernommenen Maschinen und Anlagen.

Es ist bekannt, daß vor allem moderne und technisch gut funktionierende Maschinen ausgeführt wurden. Gelassen wurden dagegen die veralteten und beschädigten Anlagen. Im Durchschnitt lag ihr Verbrauchsgrad bei 46%. In der größten Fabrik von Wrocław „Pafawag“ waren von den übernommenen Maschinen 29% leistungsfähig, im Werkzeugmaschinenwerk 16%, in den Kleiderfabriken 75% (Stand – Juli 1946). Der Abbau und die spätere Ausfuhr wurden nicht fachlich geführt. Viele Maschinen konnten infolge der

Handlungen nur verschrottet werden. Das erfuhren später auch polnische Fabriken, die im Rahmen der Sowjetunion bewilligten Kriegschädigungen Maschinen im neuen Zustand vom Wert 61,3 Mill. Zloty (nach den Vorkriegspreisen) erhielten, deren Wert aber im Moment ihrer Übernahme nur 19,8 Mill. Zloty betrug – sie wurden also in über 67% abgewertet. Zu betonen ist auch, daß die Plünderungen auch andere Bestandteile des geretteten Vermögens betrafen. Die sowjetischen Behörden demontierten 3,2% der zweigleisigen Eisenbahnlinien und 30,8% der eingleisigen Eisenbahnlinien, die meisten Anlagen der Binnenschifffahrt, Anlagen des See- und Flußhafens, Verkehrsmittel usw. (Chumiński 1992, S. 52–53).

Ein wesentliches Problem bestand darin, daß die auf Regierungsebene getroffenen Vereinbarungen von den territorialen Befehlshabern der Roten Armee nicht respektiert wurden. Verstöße waren keineswegs sporadisch, weshalb sich das von Moskau abhängige und unterstützte polnische kommunistische Regime zu einer Intervention auf höchster Ebene entschloß. Am 11. September 1945 wandte sich das Politbüro der PPR (der Polnischen Arbeiterpartei) an die sowjetischen Machthaber „aus allgemeinen politischen Gründen sowie im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage, in der sich Polen befindet“, mit der Bitte, weitere „Demontagen und Abtransporte“ zu unterbinden. Ausgenommen sollten Maschinen und Anlagen sein, die schon früher demontiert waren. Der polnischen Seite sollten alle Unternehmen übergeben werden, die sich noch unter der Verwaltung der Roten Armee befanden. Gefordert wurde ferner der Abzug aller Rückwärtigen Wirtschaftsdienste, die in Polen stationiert waren. Unterstrichen wurde, „daß so gut wie alle obengenannten Fragen formell positiv durch die obersten Behörden der Sowjetunion entschieden worden sind; doch die Praxis vieler Einheiten der Roten Armee in Polen ist anders, insbesondere in den Westgebieten“. Dabei wurde auch auf die politischen Konsequenzen eines solchen Vorgehens hingewiesen. Die Demontagen wurden von der polnischen Gesellschaft als Raub der sowjetischen Besatzungstruppen angesehen und das Fehlen entschiedener Reaktion seitens der polnischen Behörden als Beweis für ihre völlige Abhängigkeit von Moskau betrachtet. Man war zunehmend davon überzeugt, daß diese Aktion geplant waren mit dem Ziel, Polen ökonomisch zu schwächen (KC PPR Sygn. 295/V/5, S. 41).

In einem Bericht der Londoner Delegation, der eine fünfmonatige Regierungszeit der Kommunisten einschätzte, wurde festgestellt, „daß der polnische Arbeiter mit größter Sorge beobachtet, wie stark in Polen die Arbeitsstätten verwüstet sind und wie man planmäßig und bewußt auf die wirtschaftliche Schwäche Polens, auf Arbeitslosigkeit, die militärische Verteidigungsunfähigkeit und die völlige Abhängigkeit von den Sowjets

hinarbeitet [...] Das Land wird aller Elemente wirtschaftlicher Stärke beraubt, man konfisziert Maschinen und Rohstoffe (Schrott, Kohle), man ruiniert die Industrie völlig [...] In der ganzen Aktion eines geplanten Raubes erkennt man deutlich die Ziele der sowjetischen Politik [...] Polen soll wirtschaftlich schwach sein, ein völlig unbedeutender Staat, der zu Zulieferungen an die sowjetische Industrie verurteilt ist, also völlig abhängig und ohne eigenen Willen" (Delegatura Rządu na Kraj Sygn. 202/II/51, S. 14). Vielen ging die Motivation zur Arbeit verloren, die Arbeitsproduktivität und die Disziplin nahmen ab, weil man nach allgemeiner Überzeugung doch nur „für die Sowjets" arbeitete. Für die in den Industriebetrieben zunehmenden Diebstähle fanden die Arbeiter eine ganz besondere Rechtfertigung: „Was du nicht klaust und nicht vertrinkst, werden sie doch nach Rußland abtransportieren". In einigen Gebieten des Landes wuchs die „antisowjetische Fronde" (z.B. in Poznań), wie die Berichte der PPR-Instanzen signalisierten. In dem oben zitierten Brief des Politbüros mußte „mit Verdruß festgestellt werden, daß im polnischen Volk antisowjetische Tendenzen zunehmen, wobei diese sogar auch auf Arbeiterkreise übergreifen". Dies war umso gefährlicher, als „nach Ansicht des Durchschnittsbürgers die Rote Armee ein Spiegelbild der Sowjetunion sowie der Idee des Sozialismus" darstellte. Besondere Sorge bereitete den polnischen Kommunisten die zunehmend gegen die PPR gerichtete Stimmung, was die ohnehin ablehnende Haltung gegen das neue Regime verstärkte. „Dies ist eine Ursache für den Rückgang unserer Einflüsse auf die breiten Volksmassen sowie für den bedeutenden Rückgang der Mitgliederzahlen unserer Partei bei gleichzeitigem zahlenmäßigen Wachstum der PPS (der Polnischen Sozialistischen Partei). Damit wächst auch die Furcht vor einer völligen Isolierung der PPR mit ihrem deutlich praktizierten positiven Verhältnis zur UdSSR. Im Gefolge dieser Entwicklung droht die Gefahr einer Isolierung unserer Partei nicht nur vom Volk, sondern auch von breiten Massen der Arbeiterschaft"(KC PPR Sygn. 295/V/5, S. 43–44; Sygn. 295/IX/227, S. 47; Sygn. 295/VII/267, S. 2).

Eine Besserung der Lage trat nur allmählich ein. Über den Erfolg des Wirkens der polnischen Verwaltung entschied sehr häufig der gute oder schlechte Wille der sowjetischen Kommandanten, manchmal auch eine Bestechung. So wurde eine große Brauerei in Wrocław nur dadurch vorm Abtransport gerettet, weil man dem sowjetischen Kommandanten 70 000 Zloty zahlte. Das war ein übliches Procedere, wie ein Funktionär der PPR feststellte: „Einige Einheiten der sowjetischen Truppen nutzten die Lage im eigenen Interesse aus und nahmen Bestechungsgelder an" (Relation Sygn.

52, S. 22). Noch zu Anfang des Jahres 1947 nutzte die Rote Armee in West- und Nordpolen 490 Industrieobjekte und etwa 750 000 ha Land; die sowjetischen Rückwärtigen Dienste beschäftigten etwa 100 000 Deutsche. Es kam vor, daß einige Betriebe formell Polen gehörten, aber von Einheiten des NKWD kontrolliert wurden und deren gesamte Produktion in die Sowjetunion geliefert wurde. In Wrocław nahm die Rote Armee Ende 1946 507 kommunale Gebäude und etwa 150 andere Objekte (Kasernen, Magazine usw.) in Gebrauch, „obwohl keinerlei Vertrag über den Mietzins geschlossen worden war“ (Mochocki 1996, S.51–53; Chumiński 1992, S.131). In Wałbrzych (Waldenburg) waren es 242 Gebäude, in Lubsk (Lützen) 25% der Immobilien. Ähnlich war es in Gdańsk und Szczecin. In Legnica (Liegnitz) gab es eine Garnison von 50 000 Soldaten. Insgesamt waren gegen Ende des Jahres 1946 in den West- und Nordgebieten Polens etwa 250000–280000 sowjetische Soldaten stationiert. Welche Konsequenzen hatte ihr Aufenthalt auf längere Sicht? Tatsächlich entfiel die Hauptwelle der Demontagen und Devastationen auf die Monate Juli und August 1945; aber auch später waren Regionen mit sowjetischer Besatzung einer verstärkten Ausbeutung ausgesetzt. Eine Quantifizierung der Verluste ist sehr schwierig. Wir verfügen lediglich über Daten eines einzigen Kreises, Bytów, dessen Verwaltung eigenständig ein „Amtliches Verzeichnis der Schäden“ vom März 1945 bis Juni 1946 anfertigte. Die dort vorgenommenen Schätzungen kann man – wegen des landwirtschaftlichen Charakters des Kreises – nicht als repräsentativ ansehen. Nach den dortigen des Landes stationiert waren und die Demontagen und Zerstörungen in der zweiten Hälfte des Jahres 1946 und auch 1947 anhielten, so betrug die Summe der Verluste weit mehr als eine Milliarde Dollar (Mochocki 1996, S.310). Erhebungen betrug die Verluste 3,588 Mrd. Zloty, d.h. 8,97 Mill. Dollar. Zieht man in Betracht, daß damals sowjetische Einheiten in 116 Regionen

Neben offiziellen Demontagen, die von Einheiten der Roten Armee durchgeführt wurden, muß man auch an Zerstörungen erinnern, die durch illegale Handlungen und Willkür sog. Marodeure herbeigeführt wurden. Ihnen müssen in beträchtlichem Maße Brände zugeschrieben werden, die in den ersten Wochen nach Kriegsende in zahlreichen Betrieben ausbrachen. Ein solches Verhalten war die natürliche Folge der Lockerung der Disziplin und der Demoralisierung nach dem Krieg, aber auch des spezifischen psychologischen Klimas, das durch die Haßpropaganda gegenüber den Deutschen und alles Deutsche geschaffen worden war. Um der historischen Wahrheit willen muß gesagt werden, daß Zerstörungen der Industrie auch von Polen selbst herbeigeführt worden sind. Im Chaos der

Nachkriegszeit haben viele Menschen die verlassenen Betriebe geplündert; in einigen Fällen wurden Unternehmen von der eigenen Belegschaft ausgeraubt. Schon im Oktober 1944 alarmierte der stellvertretende Leiter des Ressorts für Nationale Wirtschaft und Finanzen des PKWN, Mieczysław Popiel, die obersten Staatsbehörden: „Die Erkenntnisse aus den militärischen Operationen auf dem Territorium Polens zeigen eindeutig, daß die Verluste, die die Industrie unmittelbar nach den Kampfhandlungen infolge von Diebstählen und sinnlosen Zerstörungen sowohl durch die Zivilbevölkerung als auch durch Militärangehörige angesichts eines fehlenden Schutzes erleidet, häufig ebenso groß oder gar noch erheblicher sind als die durch unmittelbare Kriegseinwirkungen. In den meisten Fällen stehen Betriebe still, die unmittelbar nach der Befreiung des Gebiets hätten in Gang gebracht werden können; sie sind ausgeraubt und führungslos. Eine ständige Erscheinung ist der Diebstahl wertvoller und seltener Rohstoffe und Produkte, von Instrumenten, Treibriemen, Büroeinrichtungen, wissenschaftlichen Laboratorien usw.“ (PKWN Sygn.VIII/4, S. 9). Man muß auch berücksichtigen, daß die Auswirkungen der „Plünderungen“ weit über die rein materiellen Verluste hinaus reichten; obwohl diese recht empfindlich waren, hatten sie auf lange Sicht keine so negativen Folgen wie die psychologischen. Das Klima einer „mühelosen Arbeit“, eines „leichten Gewinns“ zerstörte sogar von Grund auf ehrliche Menschen. Viele verloren den Glauben an den Sinn echter Arbeit. Ein „Schieber“ wurde eher als eine clevere Person, aber nicht als Verbrecher angesehen. Der Verfasser eines Artikels, der in der „Trybuna Dolnośląska“ am 3. Dezember 1945 veröffentlicht wurde, schrieb unter dem Titel „Legalisierung des Verbrechens“: „Ein Schieber wird nicht etwa gehaßt, sondern im Gegenteil von einem eigentümlichen Glorienschein umgeben“ („Trybuna Dolnośląska“, Nr. 17, 3 XII 1945, S. 1).

Die Hauptquelle unseres Wissens über den Zustand der Industrie nach dem Kriege ist eine Erhebung, die zwischen dem 15. und dem 30. Juli 1945 durchgeführt wurde. Ihre Ergebnisse sind allerdings keineswegs komplett. Zehn Kreise wurden überhaupt nicht erfaßt; dieser Mangel wurde aber durch Schätzungen kompensiert, die Stanisław Jankowski anstellte. Für 1014 Betriebe – namentlich in den Nord- und Westgebieten – fehlen Informationen, da diese damals noch von der Roten Armee besetzt waren (*Spis zakładów ...* 1947; Jankowski 1989, S. 120–124).

Die Gesamtzahl der Betriebe, die im Sommer 1945 in Polen registriert waren, betrug 31 753; 20 005 (d.h. 63%) wiesen allerdings Schädigungen ihres Vermögens auf (Tabelle 2).

Tabelle 2
Zerstörung der Industriebetriebe nach der Betrieben- und Branchengröße

Größe der Betriebe nach der Anzahl der eingestellten Beschäftigten	Anzahl der Betriebe		Prozent der zerstörten Betriebe	Betriebe, wo zerstört waren					
	Zusammen	dann der zerstörten Betriebe		die Industrie- gebäude		die Energie- wirtschaft		die technischen Anlagen	
				Anzahl	Proz.	Anzahl	Proz.	Anzahl	Proz.
1 bis 5	7662	4819	63	3090	41	1277	17	3830	50
6 bis 15	6611	3903	59	2431	38	1281	20	3236	51
16 bis 25	2399	1440	60	958	41	486	21	1176	51
26 bis 50	2770	1779	64	1275	48	675	25	1482	56
51 bis 200	2578	1625	63	1165	47	689	28	1343	54
201 bis 500	657	417	63	319	50	210	33	363	57
501 bis 1000	243	146	60	122	52	69	29	125	53
1001 und mehr	235	149	63	113	49	86	38	119	52
fehlende Angaben	8598	5727	67	4599	62	3629*	50	5114	69
Zusammen	31753	20005	63	14072	47	8466	28	16788	56
Industriebranche									
Bergbau	481	302	63	230	48	173	36	267	56
Mineralindustrie	2323	1816	78	1502	65	809	35	1501	65
Hütten und Metallurgie	3481	2474	71	1744	52	1071	32	2136	64
Elektrotechnische Industrie	316	199	63	134	46	83	29	166	57
Präzise und Optische Industrie	104	61	59	44	42	27	26	55	53
Chemieindustrie	904	560	62	399	49	233	28	448	55
Textilindustrie	1181	570	48	369	32	253	22	474	42
Papierindustrie	277	151	55	94	39	60	25	117	49
Polygraphie	507	276	54	158	31	98	19	254	50
Lederindustrie	340	205	60	171	52	122	37	168	49
Holzindustrie	3784	2700	71	1998	54	1374	37	2280	62
Musikinstrumente und Spielzeuge	30	14	46	11	37	6	20	13	43
Landesverarbeitung und Lebensmittel- industrie	13740	8801	64	5974	44	3290	24	7328	54
Bekleidungsindustrie	830	415	50	290	36	209	26	371	46
Bauindustrie	1567	861	55	547	37	329	22	700	48
Kraftwerke, Gaswerke, Wasserleitung, Schlachthöfe	898	567	63	407	46	329	37	510	57
Betriebe der nicht festgestellten Branche	980	33	3	-	-	-	-	-	-
Zusammen	31743^b	20005	63	14072	47	8466	28	16788	56

Quelle: Jankowski, *Odbudowa i rozwój przemysłu polskiego ...*, 1990, S. 122–123.

^aIn der Arbeit von S. Jankowski befindet sich ein Fehler. In der Spalte fehlende Angaben wurde 3629, es soll 3693 sein. Siehe: *Verzeichnis der industriellen ...*, 1947. Die prozentualen Angaben wurde im Verhältnis zu den Verzeichnisanangaben berechnet, ohne Berücksichtigung der zusätzlichen Schätzungen von S. Jankowski.

^bDiese Zahlen stimmen mit den analogen Zahlen im ersten Teil der Tabelle nicht überein, weil in der GUS [Hauptamt für Statistik]-Statistik sich ein Fehler in dem Resümee befindet.

Wollte man die Zahl der Beschäftigten berücksichtigen, so waren von den Zerstörungen mehr oder weniger alle Betriebe – unabhängig von ihrer Größe in gleichem Maße betroffen. Den geringsten Prozentsatz bildeten Betriebe mit 6–15 Mitarbeitern (59%), den höchsten Unternehmen mit 26–50 Beschäftigten (64%). (Hierbei lassen wir mangels Angaben einige Betriebe aus.) Unter den geschädigten Betrieben hatten die meisten (56%) Verluste bei den technischen Einrichtungen zu beklagen, 9% mehr als Unternehmen mit zerstörten Fabrikgebäuden (47%). Das ist insofern bemerkenswert, als die letzteren weitaus mehr den Folgen von Kriegshandlungen ausgesetzt waren. Bestätigt wird dies mittelbar durch den negativen Einfluß der verstärkten Ausbeutung während des Krieges, der Demontagen und der späteren Zerstörungen der technischen Ausrüstung.

Die verbliebenen Anlagen waren häufig abgeschrieben, beschädigt und überaltert. Der niedrigste Anteil an Zerstörungen war in der Energiewirtschaft zu verzeichnen (28%). Dabei war sie nicht etwa weniger marode. Das geht aus der Tatsache hervor, daß ein bedeutender Teil der Betriebe keinerlei mechanische Kräfte besaß, weshalb das Ausmaß der allgemeinen Zerstörungen in diesem Sektor geringer war. Wenn 63% der Fabriken irgendwelche Verluste erlitten, so bedeutete dies nicht ihren völligen Ausfall. Zumeist war der Grad der Beschädigungen nicht sonderlich hoch; ihr Wiederaufbau erforderte keine bedeutenden finanziellen Investitionen. (Eine Analyse des Grades von Devastationen ist auch ohne Berücksichtigung der Schätzungen von Stanislaw Jankowski möglich; wir verfügen in diesem Zusammenhang nur über Informationen über jene Betriebe, die im Verzeichnis aufgeführt sind.) Schäden an Gebäuden, in der Energiewirtschaft und bei technischen Anlagen hatten 22,7%, 15,8% und 36,4% der Unternehmen. Die übrigen waren völlig intakt, bedurften eventuell kleinerer Reparaturen (Tabelle 3). In diesem Zusammenhang muß hervorgehoben werden, daß die größeren Betriebe, die mehr als 500 Arbeitnehmer beschäftigten, geringere Zerstörungen aufwiesen als der Durchschnitt der Unternehmen; ausgenommen die Energiewirtschaft (mit 16,8%, 20,4% und 33,6%). Trotz des nur tendenziösen Charakters der Daten kann man dennoch annehmen, daß der polnische Staat in den Jahren 1944/45 etwa 77% der Industriegebäude, 84% der energetischen Anlagen und 63% der technischen Ausrüstungen übernahm, die sich zur sofortigen Nutzung eigneten. Damit verfügte Polen über ein bedeutendes Vermögen, dessen Bewirtschaftung große Anstrengungen erforderte. In den Monaten gleich nach Kriegsende wurden etwa 30% der Betriebe nicht in Gang gebracht (Tabelle 4).

Tabelle 3
Zerstörungen der Industriebetriebe nach der Industriezweigen und den Wofjewodschaften sowie dem Prozent der Zerstörung von Industriegebäuden, der Energiewirtschaft und der technischen Anlagen

Industriezweige	Zusammen	Betriebe die zerstört haben			die Industriegebäude					die Energiewirtschaft					die technischen Anlagen								
		die Gebäude			die Anlagen			die Industriegebäude			die Energie			die Anlagen			die Anlagen						
		Die Gebäude	die Energie	die Anlagen	hins 10	11 bis 25	26 bis 50	51 bis 75	76 und mehr	hins 10	11 bis 25	26 bis 50	51 bis 75	76 und mehr	hins 10	11 bis 25	26 bis 50	51 bis 75	76 und mehr				
Bergbau	476	301	230	173	267	30	35	55	51	35	54	12	33	35	22	33	48	22	30	60	39	64	52
Mineralindustrie	2296	1802	1502	809	1501 ^a	211	299	432	125	224	211	64	113	143	35	231	221	114	257	416	141	233	250
Metallurgie	1345	742 ^b	1744	1071	2136	297	401	414	102	176	354	56	77	151	60	374	353	96	271	590	242	541	396
Elektronische Industrie	290	188	134	83	166	31	26	35	9	2	17	16	6	4	14	5	38	16	8	10	48	21	57
Präzise und Optische Industrie	104	61	44	27	55	7	9	8	2	5	13	-	3	-	3	9	12	2	5	11	8	16	13
Chemieindustrie	819	520	399	253	448	73	91	96	27	60	52	21	26	34	23	84	45	33	69	112	51	118	63
Textilindustrie	1142	553	369	253	474	86	79	119	28	71	34	47	43	13	54	62	55	98	133	48	60	80	80
Papierindustrie	238	134	94	60	117	21	15	19	6	19	14	7	5	7	24	15	14	22	15	22	23	16	17
Polygraphie	504	276	158	98	254	19	26	34	7	26	41	8	4	15	5	27	39	19	37	93	19	39	47
Lederindustrie	330	205	171	122	168	21	46	35	11	24	34	7	13	17	8	46	31	9	26	41	15	43	34
Haarindustrie	3667	2604	1998	1374	2280	341	395	485	123	265	389	97	192	239	65	383	398	143	410	595	168	486	478
Musikinstrumente und Spielzeuge	30	14	11	6	13	3	2	2	2	1	1	-	-	-	-	4	1	1	1	3	-	7	1
Landesverarbeitung und Lebensmittelindustrie	13601	8710	5974	3290	7328	893	1434	1830	375	566	876	724	470	775	216	720	885	573	1390	2597	633	1028	1107
Bekleidungsindustrie	806	415	290	209	371	48	47	43	3	30	119	9	15	10	46	120	26	37	75	32	76	125	125
Baumindustrie	1471	824	547	329	700	71	98	99	37	125	117	12	19	40	14	126	118	25	60	154	88	248	125
Kraftwerke, Gaswerke, Wasserversorgung	888	565	407	329	510	105	95	77	15	25	90	39	41	70	34	51	94	52	105	140	46	68	99
Polen insgesamt dann die wiedergewonnenen Gebiete	30017	19592	14072	8466	16788	2257	3119	3736	882	1626	2452	598	1047	1600	515	2250	2458	1192	2828	5091	1567	3198 ^c	2911
	9255	6727	4862	3971	6466	953	910	820	187	463	1579	254	436	534	178	992	1577	491	892	1394	475	1138	1716
Wojewodschaften																							
Stadt Warszawa	1166	899	739	391	806	56	120	193	100	261	9	9	16	44	32	281	9	15	55	189	131	407	9
Warszawskie	2088	1461	1117	512	1150	114	272	368	97	175	91	34	53	114	31	192	88	68	201	404	101	260	116
Stadt Łódź	783	309	191	103	242	47	41	47	9	13	34	10	19	28	8	34	25	18	34	87	37	26	40
Łódzkie	2001	1245	798	336	1010	102	197	301	61	64	73	26	53	92	27	76	62	61	197	382	118	135	117
Kielce	1050	1418	974	344	1181	109	214	373	86	122	70	22	48	90	27	93	64	67	222	437	143	205	107
Lubelskie	1657	1037	765	293	824	80	187	299	66	72	61	9	56	88	28	60	52	49	162	332	80	110	91
Białostocke	709	554	418	260	445	33	82	127	40	96	40	5	19	49	22	126	39	10	42	139	48	160	46
Olsztyńskie	702	571	407	389	540	75	81	58	11	64	118	18	33	63	9	141	125	37	76	120	38	137	132
Pomorskie	1480	1189	942	700	1038	181	209	226	41	105	180	43	69	117	43	245	183	80	150	266	82	245	215
Śląskie	2057	1387	1056	622	1202	202	221	260	46	61	266	35	76	288	109	241	349	89	133	281	89	133	281
Poznańskie	1480	1148	890	788	1037	150	107	160	28	108	391	47	67	86	31	162	395	66	114	214	70	164	449
Wroclawskie	3906	2341	1472	900	2010	281	396	361	99	139	196	83	138	176	57	238	235	157	411	635	165	405	237
Wielkopolskie	3608	1755	1206	1030	1606	240	344	173	27	75	447	83	138	133	34	172	470	117	285	372	116	200	516
Śląskie	3361	2124	1528	914	1839	375	368	371	66	120	228	93	152	180	62	286	221	195	325	527	174	316	302
Krakowskie	2328	1319	929	491	1124	146	239	260	54	67	163	55	72	106	26	88	144	99	199	383	97	151	195
Rzeszowskie	1244	829	640	384	734	66	141	213	51	85	24	40	108	43	91	78	44	114	255	78	145	98	145
Zusammen	310017	19592	14072	8466	16788	2257	3119	3736	882	1626	2452	598	1047	1600	515	2250	2458	1192	2828	5091	1567	3199	2911

Quelle: eigene Zusammenstellung aufgrund: *Verzeichnis der Industrien ... 1945*. ^aFehler in dem Resümee - es soll 1411 sein. ^bFehler in dem Resümee - es soll 3109 sein. ^cFehler in dem Resümee - es soll 3109 sein.

Tabelle 4
Stand der Inbetriebsetzung der polnischen Industrie 1945 nach den Industriezweigen und den Wojewodschaften

Industriezweige	Anzahl der Betriebe						
	im ganzen	in Betrieb	Prozent	stillstehende	Prozent	fehlende Angaben	Prozent
Bergbau	481	340	71	122	25	19	4
Mineralindustrie	2323	889	38	1348	58	86	4
Hütten und Metallurgie	3481	2433	70	780	22	268	8
Elektrotechnische Industrie.	316	229	72	80	25	7	2
Präzise und Optische							
Indurie	104	82	79	18	17	4	4
Chemieindustrie	904	617	68	256	28	31	3
Textilindustrie	1181	850	72	300	25	31	3
Papierindustrie	277	174	63	100	36	3	1
Polygraphie	507	419	83	70	14	18	4
Lederindustrie	340	235	69	79	23	26	8
Holzindustrie	3784	2072	55	1543	41	169	4
Musikinstrumente und Spielzeuge	30	22	73	8	26	-	-
Landesverarbeitung und Lebensmittelindustrie	13750	10123	74	3328	24	299	2
Bekleidungsindustrie	830	648	78	116	14	66	8
Bauindustrie	1567	1220	78	252	16	95	6
Kraftwerke, Gaswerke, Wasserleitung, Schlachthöfe	898	680	76	195	22	23	3
Betriebe der nicht festgestellten Branche	980	2	0,2	845	86	133	13
Zusammen	31753	21035	66	9440	30	1278	4
Wojewodschaften							
Stadt Warszawa	1166	852	73	314	27	-	-
Warszawskie	2088	1592	76	486	23	10	0,5
Stadt Łódź	780	728	93	52	7	-	-
Łódzkie	2001	1489	74	510	26	2	0,1
Kieleckie	2050	1570	77	477	23	3	0,1
Lubelskie	1651	1403	85	238	14	16	1
Białostockie	709	482	68	216	30	11	2
Olstzyńskie	702	199	28	475	68	28	4
Gdąskie	1480	782	53	556	37	142	10
Pomorskie	2057	1515	74	371	18	171	8
Szczecińskie	1480	410	28	805	54	265	18
Poznańskie	3906	2854	73	1012	26	40	1
Wrocławskie	4734	1787	38	2493	53	454	9
Śląskie	3361	2493	74	819	25	49	1,5
Krakowskie	2328	1912	82	339	15	77	3
Rzeszowskie	1244	959	77	275	22	10	1
Zusammen	31743 ^{ab}	21027 ^a	66	9438 ^a	30	1278	4

Quelle: S. Jankowski, *Odbudowa i rozwój przemysłu polskiego ...* 1990, S. 130-131.

^aDiese Zahlen stimmen mit den analogen Zahlen im ersten Teil der Tabelle nicht überein, weil in der GUS [Hauptamt für Statistik]-Statistik sich ein Fehler in dem Resümee befindet.

^bIn der Spalte ein Fehler in dem Resümee - es soll 31737 sein.

Zu den Branchen, in denen die meisten Betriebe ihre Arbeit aufnahmen, gehörte die Polygraphie (83%), die Präzisions- und optische Industrie (79%), die Bekleidungsunternehmen (78%) und das Baugewerbe (78%). Schlüsselfunktion für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes hatten damals solche Zweige wie der Bergbau, die Hütten- und Metallindustrie, die Textil-, Chemie- und elektrotechnischen Betriebe. In allen diesen Fällen war der Prozentsatz der sofort arbeitenden Unternehmen höher als im Durchschnitt und bewegte sich zwischen 68 und 72% (der Mittelwert für alle Branchen belief sich auf 66%). Erhebliche Unterschiede stellen wir allerdings zwischen den einzelnen Regionen des Landes fest. Die wenigsten arbeitenden Betriebe gab es in den im Westen und Norden gelegenen Wojewodschaften. Das ist verständlich, weil die Kriegshandlungen hier später endeten als in den übrigen Teilen Polens. In den Wojewodschaften Olsztyn und Szczecin wurden nur 28% der Unternehmen in Betrieb genommen; in den Wojewodschaften Wrocław 38% und Gdańsk 53% (der Durchschnittswert landesweit bei 66%). Am günstigsten gestaltete sich die Lage in den Gebieten, die weniger unter den Folgen des Krieges zu leiden hatten oder zu einem früheren Zeitpunkt befreit worden waren; so waren z.B. in Łódź 93% der Unternehmen tätig, in den Wojewodschaften Lublin 85%, Krakau 82%, Rzeszów 77% und Warschau 76%.

Ein erheblicher Teil von Betrieben, die 1945 nicht die Produktion aufnahmen, wurde aufgelöst oder unterlagen der Dekapitalisierung. Zu ihrer Arbeitsaufnahme fehlte es an Kapital, qualifizierten Kadern, einer modernen Technologie und Rohstoffen. Dabei muß man vor allem im Hinblick auf die Wiedergewonnenen Gebiete bedenken, daß sie jetzt gegenüber früheren Zeiten völlig gegensätzliche ökonomische Funktionen zu erfüllen hatten. Die Struktur der Industrie hing von jenen Prioritäten beim Aufbau und den Aufgaben ab, die diesen Gebieten im wirtschaftlichen Gesamtorganismus Polens zugewiesen wurden. Viele Betriebe wurden liquidiert oder abgewickelt. Gegen Ende des Jahres 1946 waren in Polen 22 855 Unternehmen tätig, d.h. etwa 72% der 1945 gesicherten Betriebe (31 753), also nur 8% mehr als der damals tätigen Betriebe (21 035). In den sog. Wiedergewonnenen Gebieten arbeiteten von den in der Industriestatistik 9255 verzeichneten Unternehmen nach nahezu anderthalb Jahren 5121 d.h. 55% (*Statystyka przemysłowa ... 1949; Róg 1948, S. 160*).

3. DIE VERÄNDERUNGEN DER EIGENTUMSVERHÄLTNISSE DER INDUSTRIE

Eine indirekte Folge des Krieges waren tiefgreifende Veränderungen auf dem Gebiet der Eigentumsverhältnisse. Der in der Publizistik der 40-er Jahre und später durch die Historiographie übernommene Terminus „Drei-Sektoren-Wirtschaft“, mit

dem die Koexistenz verschiedener Eigentumsformen bezeichnet wurde, gibt keineswegs die wirkliche Dominanz des Staates in Eigentumsfragen und den Grad der Zentralisierung bei der Leitung der Wirtschaft wieder. Zu den Bereichen, die von der PPR als strategisch wichtig angesehen wurden und durch eine völlige Kontrolle die Erhaltung der Macht garantieren sollten, gehörten neben dem Unterdrückungsapparat (MO – Bürgermiliz und UB – Amt für Nationale Sicherheit) das Militär, die Außenpolitik und auch die Industrie, insbesondere ihre Schlüsselzweige. Dies wurde von Władysław Gomułka auf dem Plenum des ZK der PPR im Februar 1945, das die grundlegenden Richtlinien für die Organisation der Industrie umriß, deutlich gemacht. In diesem Zusammenhang sprach er auch von der Rolle des Auslandskapitals: „Je rascher wir die wirtschaftlichen Probleme beherrschen, aufgreifen und lenken können, umso schneller und stärker werden wir auf die in Polen ablaufenden Prozesse Einfluß nehmen können [...] Auch um den Preis von gewissen Verlusten, die unsere nationale Volkswirtschaft infolge unserer Unfähigkeit davontragen wird [...] Es darf keine für uns ungünstige politische Entwicklung zugelassen werden“ (KC PPR Sygn.295/II/1, S.8–9). Ausdruck dieser Tendenz war die Zentralisierung der Wirtschaftsleitung. Schon 1945 wurde ein in seiner Struktur überdimensioniertes Industrieministerium gebildet, das aus 7 Funktionaldepartements und 14 Branchendepartements als zentralen Ämtern bestand. Die Rolle der Leitungen in den einzelnen Fabriken wurde lediglich auf die unmittelbare Verwaltung des ihnen anvertrauten Vermögens reduziert. Bedingung für die Kontrolle der Industrie war deren möglichst umfassende Nationalisierung, die weit über die offiziellen Deklarationen hinausging. In diesem Falle wurde in der offiziellen Propaganda eine sozialistische Terminologie vermieden. Auch der eingeschränkte Geltungsbereich des im Januar 1946 angenommenen Gesetzes über die Nationalisierung war ein Täuschungsmanöver besonderer Art; es ergab sich sowohl aus der allgemeinen Strategie Moskaus in den ersten Monaten nach dem Kriege, sog. nationale Wege zum Sozialismus zu tolerieren und sogar zu unterstützen, als auch aus der Schwäche des politischen Hinterlandes der Kommunisten in Polen. In der Praxis wurde jedoch angestrebt, möglichst viele Betriebe unter die Kontrolle des Staates zu stellen; auch solche, die laut Gesetz nicht Verstaatlichung unterliegen sollten. Die damalige Taktik der PPR charakterisierte das Mitglied des PKWN und Leiter der Industrieabteilung im ZK der PPR Mieczysław Popiel so: „Unsere Formulierungen sprachen keineswegs davon, daß wir auch die mittelständische Industrie verstaatlichen oder sozialisieren würden. Theorien dieser Art gab es überhaupt nicht. Wir sprachen lediglich davon, daß wir ehemaliges deutsches Vermögen und den Besitz von Kollaborateuren übernehmen und verstaatlichen; alle übrigen Fabriken stellen wir unter zeitweilige staatliche Verwaltung (vor allem wenn der Eigentümer nicht am Ort ist). Wir wußten natürlich, daß der Löwenanteil vermögender Polen nicht im Lande verblieben war

und vor Ort nur Kollaborateure anzutreffen waren. Wir waren uns dessen bewußt, daß wir nichts riskierten: War er ein Kollaborateur, haben wir ihn nationalisiert; war er ein ordentlicher Mensch, war er nicht anwesend. Wenn nicht mit dem Stock – so mit dem Knüppel – so oder anders bringen wir den Betrieb unter zeitweilige staatliche Verwaltung. Auf diese Weise vollziehen wir de facto die Nationalisierung” (Relation Sygn.172, S. 93). Versuche der Eigentümer oder ihrer Erben, die Betriebe wiederzubekommen, stießen auf erhebliche Schwierigkeiten. Die PPR initiierte Proteste der Belegschaften und übte Druck auf die Staatsorgane aus: auf die Provisorische Regierung, die Staatsanwaltschaft und auf die Gerichte. Es kam vor, daß Eigentümer, die allzu energisch die Rückgabe ihres Vermögens forderten, infolge von Anzeigen bei der UB – den Organen für staatliche Sicherheit – eingeschüchtert oder verhaftet wurden. Gegen Ende des Jahres 1946 betrug die durchschnittliche Anzahl von Beschäftigten in Privatbetrieben etwas über 10 Personen; insgesamt arbeiteten in ihnen 137 342 Arbeitnehmer (10,6% der Beschäftigten). Die staatliche Industrie war schon damals Arbeitgeber von 1 061 231 Personen (81,8%); im genossenschaftlichen und Selbstverwaltungssektor arbeiteten 98 584 Personen (7,6%). In den folgenden Jahren nahm der Anteil des privaten Sektors bei der Beschäftigung ab. 1947 betrug er 9,8%, im Jahre 1948 noch 7,3% und 1949 schließlich 3,8%. Nach 1950 ging er weiter drastisch zurück. 1955 arbeiteten in Privatbetrieben 5028 Personen, d.h. 0,2% aller Beschäftigten. Bis zum 1. Oktober 1948 wurden nach offiziellen Angaben 35 255 Unternehmen verstaatlicht. Diese hohe Zahl ergab sich daraus, daß in der Statistik Einzelbetriebe berücksichtigt wurden, die allerdings häufig zu Unternehmen mit mehreren Betrieben gehörten. Unter solchen Umständen scheint die These von Janusz Kaliński und Jacek Luszniwicz völlig begründet zu sein, daß man eher von einem etatistischen System der Mehrsektorenwirtschaft sprechen kann, die schon damals Elemente der grundlegenden Merkmale des sowjetischen Modells einer zentral geleiteten Wirtschaft in sich barg (KC PPR Sygn. 295/XI/164, S. 1–3; KC PPR Sygn. 295/XI/443, S. 233–234; KC PPR Sygn. 295/XIII/24, S. 92; Jankowski 1989, S. 159; Kaliński, Luszniwicz 1993, S. 23–28).

4. SCHLUßFOLGERUNGEN

Die nach 1945 entstandene ökonomische und soziale Struktur Polens, die sich von der Vorkriegszeit unterschied, eröffnete trotz empfindlicher Zerstörungen und biologischer Verluste die Chance auf eine rasche wirtschaftliche Entwicklung. Die Voraussetzung bildeten hierfür die Schaffung eines effektiven ökonomischen Systems sowie die erfolgreiche Nutzung der demographischen und natürlichen Ressourcen des Landes. Eine solche Chance wurde weitgehend vertan. Entscheidenden Einfluß hatten hierauf die

unmittelbar nach Kriegsende einsetzenden und im Verlauf der Jahre zunehmenden Prozesse einer Zentralisierung und Bürokratisierung der Wirtschaftsverwaltung, die Einschränkung und schließliche Liquidierung des privaten Sektors, sowie die bevorzugte Förderung der Produktionsmittel herstellenden Zweige.

ARCHIVALIEN

- AAN – Archiwum Akt Nowych w Warszawie [Archiv für Neue Akten]:
- CUP – Centralny Urząd Planowania [Zentrales Amt für Planung],
 - Delegatura Rządu na Kraj, Departament Spraw Wewnętrznych [Vertretung der Regierung für das Land, das Departement für Innere Angelegenheiten],
 - GO KERM – Grupy Operacyjne Komitetu Ekonomicznego Rady Ministrów [Operationsgruppen des Ökonomischen Komitees des Ministerrates],
 - KC PPR – Komitet Centralny Polskiej Partii Robotniczej [Zentralkomitee der Polnischen Arbeiterpartei],
 - MPiH – Ministerstwo Przemysłu i Handlu [Ministerium für Industrie und Handel],
 - PKWN – Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego [Polnisches Komitee der Nationalbefreiung],
 - Relacje – [Berichte].

LITERATURA

- Chumiński, J. (1990): *Przejmowanie przemysłu wrocławskiego przez władze polskie (maj – wrzesień 1945 r.)* [Übernahme der Breslauer Industrie durch polnische Behörden (Mai – September 1945)], in: *Studia nad społeczeństwem Wrocławia 1945–1949* [Studien über die Bevölkerung von Wrocław 1945–1949]. AE, Wrocław. Prace Naukowe AE [Wissenschaftliche Arbeiten der Akademie für Volkswirtschaft in Wrocław] Nr. 543.
- Chumiński, J. (1992): *Kształtowanie się środowiska robotników przemysłowych Wrocławia w latach 1945–1949* [Gestaltung der Umgebung der Industriearbeiter von Wrocław in den Jahren 1945–1949 (Maschinenschrift)], Wrocław.
- Czubiński, A. (1987): *Najnowsze dzieje Polski 1914–1983* [Neueste Geschichte Polens 1914–1983]. PWN, Warszawa.
- Jędruszczak, H. (1974): *Miasta i przemysł w okresie odbudowy* [Städte und Industrie in der Wiederaufbauperiode], in: *Polska Ludowa. Przemiany społeczne* [Volks Polen. Soziale Wandlungen]. Ossolineum, Wrocław.
- Jankowski, S. (1989): *Odbudowa i rozwój przemysłu polskiego w latach 1944–1949* [Wiederaufbau und Entwicklung der polnischen Industrie in den Jahren 1944–1949]. Książka i Wiedza, Warszawa.
- Kaliński, J. (1993): *Przemiany strukturalne w gospodarce polskiej 1944–1970* [Strukturelle Änderungen in polnischer Wirtschaft 1944–1970]. Oficyna Wydawnicza Szkoły Głównej Handlowej, Warszawa.

- Kaliński, J., Luszniwicz, J. (1993): *Gospodarka centralnie kierowana* [Zentral gesteuerte Wirtschaft], in: *Historia gospodarcza Polski (1944–1989)* [Wirtschaftliche Geschichte Polens (1944–1989)]. Oficyna Wydawnicza Szkoły Głównej Handlowej, Warszawa.
- Minc, H. (1945): *Przemówienie H. Minca na I Zjeździe Przemysłowym Ziemi Odzyskanych* [Rede von H. Minc in dem I. Industriellen Kongreß der Wiedergewonnenen Gebiete], in: *Zjazd Przemysłowy Ziemi Odzyskanych Wrocław – Jelenia Góra 27–29 września 1945 r.* [Industrieller Kongreß der Wiedergewonnenen Gebiete Wrocław – Jelenia Góra 27–29. September 1945]. Poznań.
- Mochocki, W. (1996): *Wojska radzieckie na Ziemiach Odzyskanych w latach 1945–1947* (maszynopis) [Sowjetische Armee in den Wiedergewonnenen Gebieten in den Jahren 1945–1947] (Maschinenschrift), Kraków.
- Osełkowski, C. (1994): *Spółeczeństwo Polski Zachodniej i Północnej w latach 1945–1956* [Die Gesellschaft West- und Nordpolens in den Jahren 1945–1956]. Wydawnictwo Wyższej Szkoły Pedagogicznej w Zielonej Górze, Zielona Góra.
- Róg, S. (1948): *Zatrudnienie w górnictwie i przemyśle* [Beschäftigung im Bergbau und in der Industrie], „Gospodarka Planowa” Nr. 6.
- Różański, H. (1988): *Śladem wspomnień i dokumentów (1943–1948)* [Auf der Spur der Erinnerungen und der Dokumente (1943–1948)], PWN, Warszawa.
- Spis zakładów przemysłowych 1945* [Verzeichnis der industriellen Betriebe 1945] (1947). GUS, Warszawa.
- Statystyka przemysłowa 1946* [Industrielle Statistik 1946] (1949). GUS, Warszawa.
- Vielrose, E. (1947): *Wartość budynków mieszkalnych i urządzeń przemysłowych na ziemiach odzyskanych* [Wert der Wohngebäude und der industriellen Anlagen in den Wiedergewonnenen Gebieten], „Gospodarka Planowa” Nr. 1–2.

Received: 03.02.99; revised version: 07.04.99